

EINLAGENSICHERUNG

Ab Sommer wird's sicherer

[10:45, 23.12.08] Von Markus Hinterberger

2008 war kein Jahr, in dem die Banken in Sachen Vertrauen punkten konnten. Nun hat die EU die Einlagensicherung erhöht und ergänzt so die verschiedenen Garantien ihrer Mitgliedsstaaten.

Sparer lieben Sicherheit.

Gäbe es für Sparer ein Wort des Jahres, dann hätte die „Einlagensicherung“ gute Chancen auf diesen Titel. Spätestens seit dem Zusammenbruch der deutschen Tochter der isländischen Kaupthing Bank hat sich beinahe jeder Sparer hierzulande die Frage „Wie sicher ist mein Geld?“ mehr als einmal gestellt. Die Finanzkrise hat es geschafft, nicht nur stolze Investmentbanken in den Ruin oder an den Rand desselben zu treiben, auch im Grunde solide Banken sind ins Schlingern geraten. Es ist viel weniger die Gefahr an sich, sondern der Vertrauensverlust, der viele nach der Sicherheit der Ersparnisse fragen lässt.

Die Europäische Union hat nun zum Jahresende beschlossen, die EU-weit festgeschriebene Mindestsicherung für Spareinlagen von derzeit 20.000 Euro im Sommer 2009 auf 50.000 Euro zu erhöhen. 2010 soll dann noch eine Schippe draufgepackt werden. Am Ende stehen 100.000 Euro, die die Sparer, ganz gleich was mit ihrer Bank passieren wird, zurückbekommen sollen. Auch die Wartezeiten werden kürzer: Zwar nicht nach sechs Arbeitstagen, wie von der EU-Kommission gefordert, sondern nach spätestens 35 Arbeitstagen sollen Bankkunden ihr Geld wieder sehen. Bislang konnten sich die Sicherungseinrichtungen neun Monate Zeit lassen.

■ [Erfahren Sie hier, wie die einzelnen Länder ihre Einlagensicherung gestaltet haben.](#)

Mit dieser Maßnahme liefert Brüssel den gesetzlichen Unterbau für die im Oktober von vielen Mitgliedsstaaten beschlossenen Garantiesummen. Damals hatte die Welt mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehmann Brothers den vorläufig letzten Höhepunkt der Finanzkrise erlebt. Der Zusammenbruch der Kaupthing-Töchter in Großbritannien und Deutschland bestätigte die Politiker in ihrem Tun. Seitdem haben fast alle EU-Staaten, sofern sie sich keine Staatsgarantie wie etwa die Bundesrepublik ihren "Rettungsschirm" gegönnt haben, eine Einlagensicherung in Höhe von bis zu 100.000 Euro. Vertrauensbildende Maßnahmen wie diese werden jedoch in vielen Staaten binnen des kommenden Jahres auslaufen. Die EU sorgt mit der erhöhten Mindestsicherung sozusagen für deren Fortbestand.

In Deutschland gibt es weiterhin neben der gesetzlich vorgeschriebenen Einlagensicherung von bislang 20.000 Euro drei weitere Sicherungseinrichtungen. Volks- und Raiffeisenbanken garantieren sich ihre Einlagen gegenseitig im Verbund, eine Obergrenze gibt es nicht. Ähnlich sieht es bei den Sparkassen aus. Mit diesen eigenen Sicherungssystemen konnten die Sparkassen und Volksbanken in den vergangenen Monaten deutliche Mittelzuflüsse erzielen - Zum Leidwesen der Konkurrenz, von der ein Großteil Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB) ist. In diesem Fonds haften die Banken mit bis zu 30 Prozent des maßgeblich haftenden Eigenkapitals. Sollten alle diese Systeme versagen, will der Bund eingreifen. Ob der Staat bei einem solchen mehr als unwahrscheinlichen Systemausfall überhaupt noch handlungsfähig wäre, werden die Sparer hierzulande hoffentlich nie erfahren.